

BUNDESMINISTERIUM

FÜR

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am 9. November 1992

DVR: 0000060

Zl. 1160.06/1-I.2/92
Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Privatschulgesetz
geändert wird; Stellungnahme

Beilage

135	P2
Datum: 30. NOV. 1992	
Verf. 1. Dez. 1992	

An das

Präsidium des Nationalrats

W i e n

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
beehrt sich, beiliegende Stellungnahme i.G. in 25-facher
Ausfertigung zu übermitteln.

Für den Bundesminister:

CEDE m.p.

F.d.R.d.A.:

Hufyl

BUNDESMINISTERIUM**FÜR****AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**

Wien, am 9. November 1992

DVR: 0000060

Zl. 1160.06/1-I.2/92

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Privatschulgesetz
geändert wird; Stellungnahme

Zu Zl. 14.132/1-III/2/92
vom 20. Oktober 1992

An das

Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

W i e n

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
begrüßt die Anpassung des Privatschulgesetzes im Hinblick auf
das EWR-Abkommen, schlägt aber nachstehende Korrekturen vor:

Gesetzestext:

Zu § 4 Abs.1 lit.a - "... in sittlicher Hinsicht
verlässlich ist unter der Voraussetzung, daß nachteilige
Auswirkungen ..." Auch sollte das Erfordernis der sittlichen
Verlässlichkeit unter Wahrung von Art.4 EWR-Abkommen
(=Diskriminierungsverbot) auf sektenähnliche und spirituelle
Religionsgemeinschaften ausgedehnt werden, weil es in manchen
EG-Staaten keine gesetzliche Anerkennung von
Religionsgemeinschaften gibt.

Die Inkrafttretensklausel in § 29 wäre auf das
Inkrafttreten des EWR-Abkommens abzustimmen, sodaß es heißen
könnte: "... tritt mit Inkrafttreten des Abkommens über den
Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft".

Vorblatt:

Zu "Problem", 4. Zeile - statt "Übereinkommen zur
Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes" "Abkommen über
den Europäischen Wirtschaftsraum".

Zu "Ziel" - in der 2. Zeile statt "von
EWR-Mitgliedstaaten" bzw. in der 5. Zeile statt "eines

- 2 -

EWR-Mitgliedstaates" jeweils "einer Vertragspartei des EWR-Abkommens".

Zu "Inhalt", 4. Zeile - statt "des Übereinkommens zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes" "des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum".

Zu "EG-Konformität" - jeweils (viermal) statt "EWR-Vertrag" "EWR-Abkommen". In der letzten Zeile wäre nach "Anhang V" fortzufahren "und dessen Verordnungen", wobei die zitierte Verordnung zu streichen wäre.

Allgemeiner Teil der Erläuterungen:

1. Absatz, 11. Zeile - statt "EWR-Vertrag" "EWR-Abkommen", ebenso im 5. Absatz, 4./5. Zeile, 6. Absatz, 1. Zeile, 7. Absatz, 1. Zeile, 8. Absatz, 1. Zeile, 9. Absatz, 1. Zeile, 10. Absatz, 1. Zeile, 11. Absatz, 2. Zeile. Statt "EWR-Mitgliedstaat" "Vertragspartei des EWR-Abkommens". Dies trifft zu auf 10. Absatz, 3./4. Zeile, sowie letzter Absatz, 3. und 5./6. Zeile. In der 5. Zeile soll es außerdem "juristische Person" heißen.

1. Absatz, 3. letzte Zeile - es wäre statt "Anhang" "Anhang V" zu zitieren.

Besonderer Teil der Erläuterungen:

Zu Z.3, 5./6. Zeile - statt "eines EWR-Mitgliedstaates" "einer Vertragspartei des EWR-Abkommens". Analog in den Absätzen zu Z.6 (zweimal) und Z.7 (einmal). Zu Z.3 wäre in der 3. letzten Zeile noch zu beachten, daß es statt "... kann sinnvoller Weise ..." "... muß sinnvoller Weise ..." heißen muß.

Überdies wäre der Schreibfehler im Absatz zu Z.6, 2. Zeile, zu korrigieren: "enthaltene Benachteiligung".

Generell darf angeregt werden, übernommene EG-Rechtsakte unter Anführung ihrer Fundstelle zu zitieren.

Für den Bundesminister:

CEDE m.p.

F.d.R.d.A.: